

# Amts- und Anzeigeblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illust. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Linemann, beide Eibenstock.

Sprechstelle Nr. 210.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstühengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

60. Jahrgang.

Sonnabend, den 7. Juni

1913.

Jahrmarkt (nur Grammatik) in Eibenstock am 30. Juni und 1. Juli 1913.

Die Unfälle vieler Kinder, nach

Kraftfahrzeugen

zu werfen, bringt die Insassen der Fahrzeuge und die Straßenpassanten in Gefahr. Es kann sogar der Wagenführer getroffen werden und die Herrschaft über das Fahrzeug verlieren.

Vom Balkan nichts Neues.

Das Podbielskische geflügelte Wort „Vor Paris nichts Neues“ lässt sich heute auch anwenden in Bezug auf die eingelaufenen Nachrichten über den Balkan. Nur vier knappe Meldungen von allgemeinem Interesse liegen heute vor, die hier ihren Platz finden mögen:

Konstantinopel, 4. Juni. Nach dem „Terdjuman“ soll die Demobilisierung der Truppen vor Tschataldscha und Busair sofort beginnen. Die Regierung soll beschlossen haben, kleine Schiffe zu chartern. Eine amtliche Bestätigung steht noch aus.

Belgrad, 5. Juni. Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten der Balkanverbündeten findet am Dienstag in Saloniki statt. Wenn es dort zu keiner Entscheidung kommt, dann wird die Konferenz in Petersburg unter dem Vorsitz des Russlands fortgesetzt.

Paris, 5. Juni. Ein ehemaliger serbischer Minister teilte dem Belgrader Korrespondenten des „Matin“ mit, daß Pasitsch und Geschow übereingekommen seien, dem Zaren die Unannehmlichkeit zu ersparen, in dem peinlichen Zwist zwischen Serbien und Bulgarien einen Schiedsspruch zu fällen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Balkanverbündeten werde von kurzer Dauer sein. Falls Serbien und Griechenland erkennen sollten, daß sie sich mit Bulgarien nicht verständigen könnten, würden die Balkanverbündeten ihre Zuflucht zu einem Schiedsspruch der Triple-Entente nehmen. Dieses Schiedsgericht werde aus dem Minister Gasonow, dem französischen Botschafter Delcassé und dem britischen Botschafter Buchanan in Petersburg bestehen.

London, 4. Juni. Wie das Reuter'sche Bureau erfährt, versammelten sich die Delegierten heute abend im St. James-Palast. Die griechischen Delegierten waren nicht anwesend, weil sie von den türkischen Delegierten nicht die geforderten Versicherungen erhalten hatten. Die Versammlung dauerte zwei Stunden. Sie war sehr herzlich und endete in einer Einigung über die Punkte des Protokolls, die zur Beratung standen. Die Abwesenheit der griechischen Delegierten verhinderte eine Forderung derjenigen Fragen, die mit Griechenland schweden, doch drückten später die auf der Versammlung anwesenden Delegierten die Meinung aus, daß man allen Grund zu der Hoffnung habe, daß eine Einigung über diese Fragen vor der nächsten Vollversammlung eingetreten sein werde. Diese ist auf Freitag festgesetzt und in ihrem Verlauf hofft man alle noch übrig gebliebenen Fragen zu erledigen. Der König wird nächsten Sonnabend im Buckingham-Palast zu Ehren der Friedensdelegierten ein Frühstück geben. Die Mitglieder der Delegationen, einschließlich derjenigen der Griechen, gedenken London Anfang der nächsten Woche zu verlassen.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Begegnung des italienischen Königs-paares mit unserem Kaiser. Die „Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ihre Majestäten der König und die Königin von Italien werden in diesem Sommer den Besuch, den ihnen das schwedische Königspaar abgestattet hat, in Stockholm erwarten. Auf der Hinreise nach Stockholm wird eine Begegnung mit Seiner Majestät dem Kaiser in Kiel Anfang Juli erfolgen.

— Aus der Budgetkommission. Die Budgetkommission führte am Donnerstag die am Mittwoch begonnene Beratung des Paragraphen 12 des Entwurfs betreffend den Wehrbeitrag fort (Vertretungsfür die Aktiengesellschaften und Kommandit-

gesellschaften auf Aktien) und nahm den ersten Absatz unter Ablehnung aller Anträge mit 14 Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen in der Fassung der Regierungsvorlage an. — Nach der Mittagspause griff die Budgetkommission des Reichstages auf den Paragraph 1 des Entwurfs betreffend den Wehrbeitrag zurück. Berichterstatter Graf Westarp erklärte, in der Subkommission sei eine Einigung nicht erzielt worden, und sein Berichterstatterantrag könne daher auch nicht als Ergebnis einer Einigung angesprochen werden, bau sich aber auf den Besprechungen und den Vorschlägen der Subkommission auf. Der Berichterstatter gab der Hoffnung Ausdruck, daß sein Antrag zu einer Einigung führen werde, und erläuterte dann des näheren die einzelnen Vorschläge.

— Zur Beratung über die Wehrvorlage. Am Montag wird der Reichstag darüber zu entscheiden haben, ob auf die Tagesordnung der Dienstags-Sitzung die Wehrvorlage gelegt werden soll. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, will das Zentrum alle Hebel in Bewegung setzen, um die Wehrvorlage nicht eher zur Beratung kommen zu lassen, bis eine Einigung über die Deduktionfrage erzielt sein wird.

— Das Stärkeverhältnis der deutschen und französischen Grenztruppen. Gegenüber den Ausführungen des Berichterstatters Le Heressé in der französischen Kammer über das Stärkeverhältnis zwischen den deutschen und französischen Grenztruppen stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgendes fest: Behalten die Franzosen den dritten Jahrgang zurück, was ja schon beschlossene Sache ist, so sind sie im Grenzgebiet, soweit die Erfahrungen in Kammer und Presse einen Anhalt zur Schätzung geben, im Januar 1914 um etwa 35 000 Mann stärker als wir, und bleiben uns auch nach der vollen Durchführung unserer Heeresvermehrung noch um 24 000 Mann überlegen. Dieses Zahlenverhältnis ist schon im Sommer für die Franzosen recht günstig. In der Zeit der Rekrutenausbildung wird es noch vorteilhafter für sie, weil unsere Nachbarn dann über zwei volle kriegstüchtige Jahrgänge verfügen, wir jedoch dagegen nur über einen.

— Zur braunschweigischen Frage. In der Thronfolgefrage im Herzogtum Braunschweig verzögerte die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ eine Erklärung der Landesregierung, in welcher gesagt wird, daß am 31. Mai eine Sitzung des Ausschusses der Landesversammlung stattgefunden habe. In dieser Sitzung habe Staatsminister Hartung mit Zustimmung des Reichskanzlers den Mitgliedern des Ausschusses vertrauliche und ausführliche Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht, welche zwischen dem Reichskanzler und dem Staatsminister wegen der politischen Zukunft des Landes stattgefunden haben. Alle Vorgänge von politischer Bedeutung für die Regelung der Thronfolge im Herzogtum erfolgten unter Mitwirkung der herzoglichen Landesregierung.

### Österreich-Ungarn.

— Die Affäre Redl im Parlemente. Landesverteidigungsminister von Georgi beantwortete am Donnerstag in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses die Interpellation über die Spionageaffäre Redl. Er teilte mit, daß die Schuldfall Redls erst am 24. Mai bekannt geworden sei. Die Spionage Redls datiere erst seit dem März 1912. Die Frage, ob er Mitschuldige hatte, verneinte Redl. Von der militärischen Kommission wurde der Selbstmord Redls nicht veranlaßt. Aus den hinterlassenen Papieren ergibt sich, daß Redl mit seinem Nassen, den Major-Leutnant Horwits tatsächlich homosexuellen Verkehr pflegte. Redl hatte verschiedene Dokumente, die sich auf die Mobilisierung bezogen, an Agenten einer fremden Macht ausgeliefert, von den militärischen Vor-

Die Eltern werden angehalten, Kinder und Plegebefohlene eindringlich zu warnen. Nach § 366, 7 des Reichsstrafgesetzbuches ist das Werfen mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen, sofern nicht wegen gleichzeitig begangener Körperverletzung, Sachbeschädigung pp. höhere Bestrafung einzutreten hat.

Für Kinder haften Eltern und Pfleger.

Stadtrat Eibenstock, am 7. April 1911.

Obige Bekanntmachung wird in Erinnerung gebracht.

Stadtrat Eibenstock, den 4. Juni 1913.

lehrungen der letzten Zeit konnte er aber nichts verraten, da ihm nichts bekannt war. Alle Gerüchte, daß Redl militärische Geheimnisse Deutschlands verraten habe, sind falsch, ebenso die Behauptung der Blätter, daß Redl zu Verhandlungen mit dem deutschen Generalstab beigezogen worden sei. Die Antwort des Ministers hat das Haus nicht bestätigt, und es beschloß, sofort in die Debatte über die Beantwortung einzugehen.

Die Demission des Kabinetts Lulacz. Der Kaiser hat die Demission des Kabinetts Lulacz angenommen und den Ministerpräsidenten von Lulacz mit der provisorischen Weiterführung der Geschäfte betraut. Der Kaiser wird demnächst den Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses, Grafen Tisza, und den Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses, Freiherrn von Josila, empfangen, um ihre Ansicht über die Lösung der Krise zu vernuchen.

### England.

Aus dem englischen Unterausse. Der Unionist Lee stellte im englischen Unterhause die Anfrage, welche Schritte die britische Regierung zu unternehmen gedachte hinsichtlich der drei Schlachtschiffe, welche die kanadische Regierung für die Reichsflotte zu stellen beabsichtigte, die sie aber infolge unverholtener Umstände nicht stellen könne. Der erste Lord der Admiralschaft, Churchill, antwortete, daß die durch die Ablehnung der kanadischen Flottenvorlage geschaffene Situation ein sofortiges Handeln verlangt, um die Flotte und um den Kraftüberbau der Flotte der für den Schutz des britischen Reiches in der ganzen Welt erforderlich sei, auch im Herbst und Winter 1915 und im Frühjahr 1916 auf ihrer Höhe zu erhalten. Unter diesen Umständen habe die Regierung beschlossen, den Bau von drei Kontraktsschiffen die auf Privatwerften erbaut werden innerhalb des Programms dieses Jahres zu beschleunigen, und es seien bereits von der Admiralschaft Anweisungen ergangen, welche sicherstellen werden, daß mit ihrem Bau zu einem möglichst frühen Termin begonnen werde, anstatt im März nächsten Jahres.

### Nizza.

Keine Abreitung der Walfischbai. Im Abgeordnetenhaus der südafrikanischen Union erwiderte Premierminister Botha, auf eine Anfrage des oppositionellen Führers Smartt, er habe von Gerüchten über Verhandlungen, betreffend die Abreitung der Walfischbai, gehört, jedoch wisse er darüber nichts. Botha betonte, daß die Walfischbai Eigentum der südafrikanischen Union sei.

### Mexiko.

Das neue amerikanische Zollgesetz. Entgegen aller Vorauflösung, wird das neue Zollgesetz, wenn es vor den Senat kommt, geringere Zollsätze aufweisen, wie vor der Kammer. Die Senatskommission hat nämlich einen großen Teil der Sätze wieder abgelehnt. Wohl hat er eine leine Erhöhung auf Baumwolle, Kartoffeln und gewisse Textilfabrikate vorgenommen, jedoch die Sätze auf landwirtschaftliche Produkte herabgesetzt.

### Örtliche und ländliche Nachrichten.

Eibenstock, 6. Juni. Überfallen und mit großen Steinen beworfen wurde am Mittwoch abends auf dem sogenannten Poetenweg ein hiesiger junger Kaufmann. Der Überfallene nimmt an, daß es sich um einen Radhead handelt, da ein solcher Überfall schon einmal auf ihn verübt wurde.

Eibenstock, 6. Juni. Für Sonntag, den 8. Juni hat sich der Eibenstocker Ballspiel-Club mit der ersten Mannschaft der Fußball-Vereinigung Rothenkirchen zum Kranz-Wettspiel verpflichtet. Das